

UMWELTRECHT

Vorgaben für die Medizintechnik-Branche

Abfallverbringungs- verordnung (Abfall- verbringungsVO) Informationsblatt

Name des Rechtaktes

Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des EU Parlaments und des Rates vom (14. Juni 2006) über die Verbringung von Abfällen.

Hintergrundinformationen

Nationale Durchführungs- und Sanktionsbestimmungen sind in folgenden Rechtsakten enthalten: Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen 1) und des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung 2) (AbfallverbringungsG).

Verkündungsstand

Konsolidierte Fassung vom 11.01.2021.

Impressum

© Bundesverband Medizintechnologie e.V. (BVMed) in Zusammenarbeit mit Ahlhaus Handorn Niermeier Schucht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH („Produktkanzlei“). Diese Übersicht ersetzt keine Einzelfallprüfung.
Stand: Oktober 2023

Kontakt: allonge@bvmed.de

Aktuelles

Aktuell liegt ein Vorschlag (+ Anhänge) für eine komplette Neufassung der AbfallverbringungsVO vor. Die wesentlichen inhaltlichen Veränderung betreffen:

- die Verschärfung der Vorgaben für die Ausfuhr von Abfällen
- die Verstärkung der Kontrollen und des Vollzugs bei illegalen Abfallverbringungen
- Vereinfachung des Verbringungsverfahrens innerhalb der EU durch Digitalisierung und Harmonisierung.

Zum Vorschlag liegen inzwischen Positionen sowohl vom EU-Parlament als auch vom Rat vor, die gegenwärtig in Trilog-Verhandlungen beraten werden. Tendenziell ist eher mit Verschärfungen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag zu rechnen.

Rollen

Die AbfallverbringungsVO kennt in Art. 2 Nr. 9 bis 15 **zahlreiche Rollen**, die **je nach Einzelfall** in die Verbringung involviert und von abfallverbringungsrechtlichen Pflichten betroffen sein können. Zu nennen sind hier insbesondere der Erzeuger und der Besitzer von Abfällen, diese in der Regel im unternehmerischen Kontext (außerhalb von abfallspezifischen Branchen) als Notifizierender nach Art. 2 Nr. 15 AbfallverbringungsVO agieren müssen und damit die Hauptlasten zu tragen haben.



UMWELTRECHT

Vorgaben für die Medizintechnik-Branche

Anwendungsbereich

Die AbfallverbringungsVO regelt Verfahren und Kontrollregelungen für die Verbringung von Abfällen, die vom Ursprung, der Bestimmung, dem Transportweg, der Art der verbrachten Abfälle und der Behandlung der verbrachten Abfälle am Bestimmungsort abhängen. Dabei gilt die AbfallverbringungsVO für folgende

Konstellationen:

- Verbringung von Abfällen innerhalb der EU (auch bei Durchfuhr durch Drittstaaten) – Art. 31 f.
- Verbringung von Abfällen aus Drittstaaten in die EU – Art. 41 ff.
- Verbringung von Abfällen aus der EU in Drittstaaten – Art. 34 ff.
- Verbringung von Abfällen aus Drittstaaten in Drittstaaten, wenn eine Durchfuhr durch die EU erfolgt – Art. 47 f.

Die AbfallverbringungsVO **gilt grundsätzlich nicht** für den Transport von Abfällen innerhalb eines Mitgliedstaates; hierfür gilt das jeweilige nationale Recht (Art. 33 AbfallverbringungsVO). Die in Art. 1 Abs. 3 enthaltenen **Ausnahmen** betreffen nicht spezifisch Medizinprodukte.

Die Bestimmung, ob ein Gegenstand **Abfall** im Sinne der AbfallverbringungsVO (Art. 2 Nr. 1 mit Verweis auf Richtlinie 2006/12/EWG – diese wurde ersetzt durch Richtlinie 2008/98/EG) ist oder nicht, stellt einerseits die zentrale Weichenstellung für die Anwendbarkeit des abfallverbringungsrechtlichen Regimes dar, ist aber andererseits gleichzeitig unter Umständen enorm komplex und für jeden Einzelfall an Hand aller Gegebenheiten individuell zu bestimmen. Nach Art. 3 Abs. 1 Richtlinie 2008/98/EG ist Abfall „jeder Stoff oder Gegenstand, dessen sich sein Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss“ Für die Bestimmung der **Gefährlichkeit** verweist Art. 2 Nr. 2 AbfallverbringungsVO auf Richtlinie 91/689/EWG – diese wurde ebenfalls ersetzt durch Richtlinie 2008/98/EG). Ergänzend dazu sind die Abgrenzung nach den zahlreichen Listen nach Art. 3 AbfallverbringungsVO zentral für die Bestimmung des anwendbaren Verfahrens.

Alle genannten Bereiche sind sehr stark durch eine in weiten Teilen uneinheitliche und enorm einzelfallbezogene Anwendung der nationalen Behörden und Rechtsprechung der nationalen und europäischen Gerichte geprägt.

HINWEIS: Die gefahrgutrechtlichen Vorgaben aus ADR, RID, ADN, IMDG-Code und IATA-DGR sind ggf. parallel zu berücksichtigen.

Pflichten in Stichpunkten

Ausgangspunkt aller Prüfungen nach der AbfallverbringungsVO ist, nach der Feststellung, dass ein Gegenstand als Abfall zu qualifizieren ist, die **Bestimmung der anwendbaren Verfahren** für die Verbringung nach Art. 3. Hierbei kommt es insbesondere auf die Art des Abfalls, den Ausgangspunkt und das Zielland der Verbringung an.

Das Verfahren der **vorherigen schriftlichen Notifizierung und Zustimmung** nach Art. 4 ff. AbfallverbringungsVO legt dabei strenge Regelungen und ein umfassendes Verwaltungsverfahren im Versandstaat, im Empfängerstaat und in den betroffenen Durchfuhrstaaten fest. Dieses Verfahren ist durch den Notifizierenden im Versandstaat einzuleiten und die dort zuständige Behörde übernimmt bei vollständigem Antrag die weitere Behördenkoordination. Grundsätzlich bedarf es für jede einzelne Verbringung einer eigenen Notifizierung, es sei denn die Voraussetzungen einer **Sammelnotifizierung** (Art. 13) sind gegeben. **Notifizierungsformular nach Anhang IA AbfallverbringungsVO.**

Demgegenüber sind die Anforderungen des zweiten Verfahrens, der **allgemeinen Informationspflicht** nach Art. 18 AbfallverbringungsVO, wesentlich geringer und beschränken sich dem Grunde nach auf vorbereitende Maßnahmen und Dokumentenmitführungspflichten. Wenn im Einzelfall eine Verbringung nicht wie vorgesehen abgeschlossen werden kann, sind die betroffenen Abfälle in der Regel zurückzunehmen/-holen. Gleiches gilt bei illegalen Verbringungen (Art. 22 ff.).

Verstöße sind bei illegalen Verbringungen grundsätzlich Straftaten; ansonsten Ordnungswidrigkeiten.

Umfassende Informationen im **Themenportal der EU-Kommission**, im **Themenportal des Umweltbundesamtes** und in den **FAQs der EU-Kommission**.

Mehr bvmed.de/umweltrecht